

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Berlin, 3. Dezember 2010

www.garreltduin.de

Ausgabe 12 / 2010 |

Dank Duin-Papier: SPD diskutiert wieder über Inhalte

Großer Widerhall in Medien und in der Partei / Böhning und Duin einig: Teil des Kindergeldes in Schulen und Kinderbetreuung

Das Papier „Mut zur Sozialdemokratie“, in dem Garrelt Duin die Lage der SPD skizziert, findet starken Widerhall in allen namhaften Medien und in der Partei. Viele Sozialdemokraten empfinden das Duin-Papier als Weckruf zur rechten Zeit. Ein Jahr nach der schweren Schlappe bei der Bundestagswahl ist es an der Zeit, dass sich die SPD wieder mehr Gehör verschafft.

Der eine oder andere Kritiker des Duin-Papiers unterstellt, dass damit wieder Flügelkämpfe eröffnet werden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Parteichef Sigmar Gabriel hält die Diskussion der SPD über ihre Positionen für richtig. Vor der Fraktion argumentierte Frank-Walter Steinmeier

in die gleiche Richtung. Als Gast einer Fraktionssitzung in der vorigen Woche sagte auch DGB-Chef Michael Sommer, dass er die Diskussion in der Partei für richtig hält.

Garrelt Duin, Sprecher der im pragmatischen Seeheimer Kreis versammelten SPD-Bundestagsabgeordneten, geht es nicht um eine Personaldebatte, sondern um inhaltliche Festlegungen der SPD. Das sieht auch der Sprecher der Partei-Linken in der SPD so. Björn Böhning, früherer Juso-Bundesvorsitzender und heute in der Senatskanzlei beim Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit für politische Grundsatzfragen zuständig, traf sich der gemeinsamen Redaktion

der Berliner Zeitung und der Frankfurter Rundschau zu einem Streitgespräch, das Chefkorrespondent Karl Doemens moderierte. Duin und Böhning sind sich in wesentlichen Politikfragen einig, vor allem jedoch darüber, dass die SPD wieder kenntlich wird als Partei des sozialen Fortschritts.

In dem Gespräch, das in diesen Tagen in beiden genannten Zeitungen veröffentlicht wird, sagt Duin auf die Frage nach der „schweren Identitätskrise“ der SPD: „In Gesprächen mit Parteifreunden höre ich immer wieder die Frage: Für wen kämpft die SPD? Für was steht sie? Wenn wir das nicht sofort klar beantworten können, haben wir offen-

sichtlich ein Problem.“

Einig sind sich Duin und Böhning, dass Investitionen in Bildung oben an stehen. Mit Steuer-mehreinnahmen durch eine höhere Besteuerung der Reichen ist das allein jedoch nicht zu bezahlen. Deshalb regen sie an, das Kindergeld leicht zu kürzen und die so gewonnenen Milliarden-summe für Kinderbetreuung und Ganztagschulen auszugeben. Duin: „Das höchste Maß an Gerechtigkeit erreichen wir nicht durch höhere Transfers, sondern durch den Ausbau der sozialen Infrastruktur.“ Dazu Böhning: „Einverstanden.“ Er ist außerdem für eine Kita-Pflicht für Kinder. - Das Duin-Papier steht im Wort-laut unter www.garreltduin.de



Garrelt Duin (Mitte), wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit Björn Böhning, Sprecher der SPD-Parteilinken, über das Duin-Papier. Rechts Moderator Karl Doemens, Chefkorrespondent von Berliner Zeitung und Frankfurter Rundschau.

Gegen Auswüchse

SPD-Bundestagsfraktion lud Betriebs- und Personalräte ein



Erwin Heinks (links), Betriebsratsvorsitzender der SIAG in Emden, mit Garrelt Duin bei der Betriebs- und Personalrätekonferenz in Berlin.

Die SPD-Bundestagsfraktion pflegt das regelmäßige Gespräch mit Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland. Politiker und Arbeitsnehmervertreter trafen sich vorige Woche in Berlin. Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der Bundestagsfraktion, strich heraus, dass die Arbeitnehmer den Hauptanteil am Wirtschaftsaufschwung der vergangenen Monate tragen. Ohne ihren Einsatz wäre die Überwindung der Wirtschaftskrise in dieser Form nicht möglich gewesen.

Garrelt Duin sprach das Problem schlechter Löhne an: „Die SPD wehrt sich vehement gegen die Ausweitung des Niedriglohnssektors, ebenso gegen befristete

Arbeitsverträge ohne triftigen Grund und gegen ein Aufweichen des Jugendarbeitsschutzgesetzes. All das fordern leider Union und FDP.“

Für Duin reicht es nicht, dass „Menschen irgendwelche Arbeit haben“. Das Ziel heißt „Gute Arbeit“. Vor allem Leiharbeiter müssen häufig mit niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen fertig werden. Die Auswüchse der Leiharbeit bezeichnet Duin als „sozialen Sprengstoff“. - Bei der Konferenz spielte das Thema psychische Belastungen im Beruf eine zentrale Rolle. Nötig sei ein wirksames Gesundheits-Management in Betrieben.

Gegen Kampfeinsatz

SPD: Völkerrechtlich fragwürdige Basis für Mittelmeermission

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Antrag der Bundesregierung abgelehnt, die Beteiligung der Bundeswehr an der Operation Active Endeavour (OAE) im Mittelmeer fortzusetzen. Der formulierte Auftrag steht nicht im Einklang mit der aktuellen Lage. Es

geht darum, Terroristen zu bekämpfen. Es hat in den letzten Jahren dort keine terroristischen Aktivitäten gegeben. Der Antrag der Regierung verstößt gegen das Prinzip der Mandatsklarheit und bewegt sich auf einer völkerrechtlich fragwürdigen Basis.

Getrickstes Sparpaket

Bundeshaushalt: Kleinverdiener zahlen die Zeche

Eine herbe Enttäuschung: Das ist - gelinde gesagt - der erste eigene Bundeshaushalt der Regierung Merkel/Westerwelle. Das sozial ungerechte „Sparpaket“ der Bundesregierung wurde dort aufgeweicht, wo Lobbyinteressen überwogen. Gering- und Normalverdiener zahlen weiterhin die Zeche. Denn gespart wird nicht - im Gegenteil. Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble tricksen, um sich bis 2013 mehr verschulden zu können als eigentlich zulässig. Garrelt Duin: „Damit soll wohl die FDP-Steuerreform für Spitzenverdiener finanziert werden.“

Zunächst sinkt die Neuverschuldung auf dem Papier zwar von 57 Milliarden Euro im Regierungsentwurf auf 48,4 Milliarden. Nur: Allein durch die konjunkturellen Mehreinnahmen bei den Steuern und Minderausgaben für den Arbeitsmarkt hätte sie schon um 10,3 Milliarden Euro gesenkt werden müssen - auf dann 46,7 Milliarden. Die Koalition hat also nicht gespart, sondern draufgesattelt, wo es ihrer Klientel nützt. Ergebnis: 1,4 Milliarden Euro aus den Mehreinnahmen werden

„verfrühstückt“, anstatt die von vielen gesellschaftlichen Akteuren kritisierten unsozialen Kürzungen zu korrigieren.

Duin: „Die Regierung kapituliert vor den Herausforderungen der Finanzkrise und verspielt die große Chance für einen nachhaltigen Aufschwung, an dem auch Geringverdiener und Arbeitslose teilhaben.“ Der Haushalt ist ein Dokument der Klientelpolitik. Bedient erden die Interessen einflussreicher Lobbygruppen. Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers wird nicht eingeschränkt, sondern soll ausgeweitet werden. Statt eines Mindestlohns weitet die Regierung die Hinzuverdienstgrenze aus und subventioniert damit verstärkt den Niedriglohnsektor.

Die Kernbrennstoffsteuer der Energiekonzerne erreicht nicht die von der Regierung selbst veranschlagte Summe, gar nicht davon zu reden, dass die Gewinne aus der Laufzeitverlängerung der Atommeiler abgeschöpft werden. Steuerprivilegien für Hoteliers und reiche Erben bleiben bestehen. Die Finanztransaktionssteuer bleibt aus.

Kein Schuldenabbau

Union und FDP lehnen SPD-Pläne im Bundestag ab

Die SPD-Bundestagsfraktion hat durch ihre Anträge belegt, dass die Regierung die Verschuldungsgrenze einhalten könnte. Aber Kanzlerin Merkel will es nicht.

Die SPD hat so sogar noch gegenfinanzierte Schwerpunkte gesetzt, die aber allesamt abgelehnt wurden. Dazu gehören Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich und bei der Städtebauförderung, 300 Millionen Euro zusätzlich für Bildung, 1,25 Milliarden Euro mehr für Entwicklungshilfe und 300 Millionen Euro, um den Gemeinden finan-

ziell unter die Arme zu greifen. Außerdem könnte sich der Bund mit 400 Millionen Euro zusätzlich an den Leistungen der Gemeinden für Unterkunft und Heizung sozial schwacher Menschen beteiligen.

Zum Schuldenabbau beitragen will die SPD mit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 49 Prozent ab einem zu versteuernden Bruttojahreseinkommens von 100.000 Euro für Ledige und 200.000 Euro für Verheiratete. Das würde mindestens 2,8 Milliarden Euro Mehreinnahmen bedeuten.

Regierung stürzt „Soziale Stadt“ ins Aus

Union und FDP kürzen im Haushalt 2011 das Geld für ein erfolgreiches Programm um 70 Prozent

Das Programm „Soziale Stadt“ steht vor dem Ende. Das geht auf einen Beschluss von Union und FDP im Haushalt 2011 zurück. Zwar haben sie auf Druck der Länder, Kommunen und Projektbeteiligten die Kürzung der Städtebauförderung zum Teil zurückgenommen, aber die Wirkung ist fatal. Statt um 305 Millionen Euro wird um 155 Millionen gekürzt, so dass für die Programme der Städtebauförderung insgesamt im nächsten Jahr nur noch 455 Millionen Euro zur Verfügung stehen. 15 Prozent werden weniger als bisher.

Die Kürzung trifft massiv das Programm „Soziale Stadt“, von dem auch zahlreiche Kommunen in Ostfriesland profitierten. Dieses Programm wird um 70 Prozent gekürzt. 2011 stehen dafür

statt 95 Millionen Euro nur noch 28,5 Millionen zur Verfügung. Union und FDP haben zudem beschlossen, das Programm „weit überwiegend für investive Maßnahmen einzusetzen“.

Das hört sich harmlos an. Aber: Soziale Stadt lebt vom Zusammenwirken von baulichen Verbesserungen in Wohnungen und im Wohnviertel und von sozialen Maßnahmen wie Nachbarschaftstreffen, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche.

Damit ist es bisher gelungen, auch Fördermittel anderer Ressorts in soziale Brennpunkte zu lenken, zum Beispiel mit dem Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ des Bundesfa-

milienministeriums. Dieser erfolgreiche Ansatz wird jetzt zu nichte gemacht. Die Kürzungen sind ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die in den letzten zehn Jahren mit der „Sozialen Stadt“ viele segensreiche Projekte auf den Weg gebracht haben.

Soziale Stadt ist ein wesentlicher Baustein im Kapitel „Integration vor Ort“ des nationalen Integrationsplans. Gerade wenn der Arbeitsmarkt als Integrationsinstrument immer weniger funktioniert, wird das Stadtviertel zum Ort für Teilnehmungsangebote an Schulen. Mit dem Aus der Sozialen Stadt wird auch dieser Teil des nationalen Integrationsplans zum bloßen Lippenbekenntnis der Kanzlerin und ihrer Integrationsbeauftragten.

Offenbar hat sich die FDP zu ihrer ideologisch begründeten Ablehnung einer modernen, integrierten und integrativen Stadtentwicklungspolitik in der Regierung durchgesetzt. Die SPD hat diese durch soziale Kälte gekennzeichnete Haltung der FDP und des Desinteresses von Verkehrsminister Ramsauer, CSU, an Stadtentwicklungspolitik während der Haushaltsdebatte angeprangert.

Die Kürzungen bewirken, dass die meisten der zurzeit 570 Soziale-Stadt-Projekte in mehr als 350 großen und kleinen Kommunen nicht mit weiteren Förderungen rechnen können. Neue Vorhaben besitzen überhaupt keine Chancen. Fazit: das Programm ist tot.

Forschung und Entwicklung steuerlich fördern?

SPD-Wirtschaftspolitiker diskutierten mit Vertretern der chemischen Industrie / Zwischen Notwendigkeit und knappem Geld

Subventionen sollen abgebaut werden - andererseits zeichnet sich ab, dass Deutschland um eine steuerbegünstigte Forschung und Entwicklung nicht herumkommt, wenn Betriebe mit ihren Forschungs- und Entwicklungsabteilungen nicht ins Ausland abwandern sollen. Tatsache ist, dass Deutschland neben der Grundlagenforschung eine wettbewerbsnahe Forschung und

Entwicklung in Betrieben braucht, um wettbewerbsfähig zu bleiben. In diesem Zwiespalt stecken gegenwärtig die Wirtschafts-, aber auch die Haushaltspolitiker im Bundestag. Die Regierung lehnt Steuerbegünstigungen dieser Art bisher strikt ab. Die SPD ringt um ein Konzept. Während die „Haushälter“ skeptisch sind, sehen die „Wirtschaftler“ die Notwendigkeit. Sie sehen, dass

nahezu alle westeuropäischen Staaten die Forschung und Entwicklung in Betrieben unterstützen. Frankreich und Österreich sogar massiv. In Asien tut sich Singapur mit starker Subventionierung hervor.

Die Wirtschaftspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion unter Leitung ihres Sprechers Garrelt Duin

hörten sich deshalb in der vorigen Woche die Argumente des Verbandes der Chemischen Industrie an. Sie diskutierten Für und Wider - unter dem Eindruck der Notwendigkeit und knapper Finanzen. Sicher ist, dass für international arbeitende Konzerne die Versuchung groß ist, im Ausland zu forschen - wegen der dortigen staatlichen Förderung.



Professor Dieter Jahn (l.) vom Chemiekonzern BASF trägt Argumente vor. Mit skeptischer Gespanntheit hören die SPD-Wirtschaftspolitiker Manfred Nink, Andrea Wicklein, Garrelt Duin und Forschungspolitiker Rene Röspel zu. Anschließend wurde lebhaft diskutiert.

Thema ist Demografie

„Zukunftsgespräch“ mit Franz Müntefering in Wiesmoor

Mehr alte Menschen, weniger junge: Dieser demografische Wandel hält Wirtschaft und Gesellschaft in den nächsten Jahren in Atem. Wie Ostfriesland sich darauf vorbereiten kann, ist Thema eines „Zukunftsgesprächs“. Dazu lädt Garrelt Duin alle Bürger am 8. Dezember um 18 Uhr in den „Torfkrug“ nach Wiesmoor ein.

Prominentester Gast ist Franz Müntefering. Der frühere SPD-Chef und Arbeitsminister ist Sprecher der Arbeitsgruppe Demografischer Wandel der SPD-Bundestagsfraktion.

„Unsere Dörfer bekommen den demografischen Wandel als erste zu spüren – schon heute schließen Schulen und Kindergärten, Läden schließen und immer häu-

figer fehlt ein Arzt in der Nähe“, schildert Garrelt Duin die Lage. „Das Thema beschäftigt uns sehr, deshalb freuen wir uns auf die Diskussion mit den Fachleuten“, sagt Erwin Wenzel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Auricher Kreistag.

Harm-Uwe Weber, Erster Kreisrat des Landkreises Aurich, berichtet über Erfahrungen aus der Praxis. Franz Müntefering hält einen kurzen Vortrag, dem eine Podiumsdiskussion folgt. Daran nehmen neben Müntefering die Demografiebeauftragte des Landkreises Aurich, Dr. Gabriele Krautheim, und Herbert Broich, Vorsitzender des Arbeitskreises Schule Rhaudefehn, teil. Der Journalist Bernhard Fokken moderiert die Diskussion, zu der alle Bürger willkommen sind.

Kompliziertes Glücksspiel

Duin: Breitensport darf in keinem Fall leer ausgehen

Spielhallen, manche sagen auch Spielhöllen, schießen wie Pilze aus dem Boden. Das stößt sich mit dem Anspruch des Staates, Spielsucht zu bekämpfen. Deshalb sucht die Politik in Berlin nach einer Lösung.

Die SPD drängt die Bundesregierung dazu und bereitet eine Große Anfrage vor. Die Regierung muss handeln, weil auch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes sie dazu zwingt. Es geht um Lotto, um Automaten-spiele und um Sportwetten.

Für die Automaten ist der Bund zuständig, für Lotto und Sportwetten zeichnen die Länder verantwortlich. Im Sinne der Rechtseinheitlichkeit bietet sich an, dass der Bund die Sportwetten den Ländern überlässt. Gegen

grassierende Spielhallen kann eventuell auch das Baurecht helfen.

Komplizierter ist es bei den Sportwetten, bei denen es um viel Geld geht, sowohl für den Profi- als für den Breitensport. Stichwort: Oddset. Oddset schwächelt jedoch, so dass die Alternative lautet: Oddset stärken oder den Markt für andere Anbieter öffnen. Dritte Möglichkeit: Keine Direktwetten zulassen. Dann aber läuft der Markt international übers Internet. Deshalb könnte es sich anbieten, den Markt zu öffnen, damit das Geld im Lande bleibt.

Garrelt Duin: „Bei allen Überlegungen ist eines wichtig: Der Breitensport muss in jedem Fall weiter Geld bekommen.“

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin



Es war kalt in Berlin, aber die tiefen Temperaturen taten der Stimmung keinen Abbruch. 50 Frauen und Männer aus Emden und dem Landkreis Aurich waren vier Tage als Gäste von Garrelt Duin in Berlin. Sie waren im Wirtschaftsministerium, besuchten das Willy-Brandt-Haus, die frühere Stasi-Zentrale und die Stauffenberg-Gedenkstätte. Der Besuch einer Plenarsitzung rundete das Programm ab.

Spruch der Woche

„Das höchste Maß an Gerechtigkeit erreichen wir nicht durch höhere Transfers, sondern durch den Ausbau der sozialen Infrastruktur.“

Garrelt Duin auf eine Frage von Berliner Zeitung und Frankfurter Rundschau nach gerechter Politik.

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

Fax: 030 - 227 - 76445

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de